

## 1.3. FDP

### 1.3.1 Die Gründungsphase

Die Gründung der liberalen Parteigruppen in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg verlief in ähnlicher Weise wie bei den christlich-demokratisch orientierten Gruppen. An verschiedenen Orten bildeten sich politisch interessierte Zirkel, die sich mit der weiteren Entwicklung Deutschlands befassten.<sup>1</sup>

Die Mitglieder dieser Zirkel stammten zumeist aus einer der liberalen Parteien der Weimarer Republik, dabei hauptsächlich aus der Deutschen Demokratischen Partei. Zum Teil rekrutierten sich die Mitglieder aus gewerkschaftlichen und sozial-demokratisch orientierten Kreisen, und nicht zuletzt aus der Gruppe der jungen Erwachsenen, die nach dem Nationalsozialismus eine politische Neuorientierung suchten.<sup>2</sup>

Für die politische Entwicklung im späteren Nordrhein-Westfalen sind drei Sektionen wichtig, deren Wirkungskreis im Rheinland lag:

Die erste Gruppe entstand kurz nach Kriegsende in Mönchen-Gladbach. Ihr Einzugsbereich erstreckte sich schon nach kurzer Zeit bis hin nach Aachen und Neuss.

Die Initiatoren der Sozialliberalen Partei, wie sie sich nannte, waren Alfred Fratzscher, ehemaliger Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Wilhelm Hermes, Inhaber einer Weinbrennerei und der Fabrikant Hermann Tiggeler. Ihr politisches Konzept entsprach eher sozialliberalen als wirtschaftsliberalen Vorstellungen.<sup>3</sup>

In Essen entstand zur gleichen Zeit die „Liberal-demokratische Partei“. Zum Gründungskreis gehörten der Justizrat Viktor Niemeyer, ehemaliges DDP-Mitglied, Wilhelm Beutler, Verbandsgeschäftsführer, und der ehemalige Direktor der National-Bank, Franz Blücher. Die Ziele der „Liberal-demokratischen Partei“ waren laut Hüttenberger eher wirtschaftsliberal orientiert.<sup>4</sup>

Die dritte zu nennende liberale Partei war die „Deutsche Aufbaupartei“, die sich im Gebiet Leverkusen/Opladen um den Buchhändler und Druckereibesitzer Friedrich Middelhaue konstituierte.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> S. Kleßmann, 1982, S. 147f.; vgl. auch Henning, 25 Jahre FDP, S. 113 – 119; Hüttenberger, 1973, S. 119 – 137; Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945 – 1949, Düsseldorf 1985, S. 133f. sowie S. 252ff. (Im Folgenden als „Hein, 1985“ aufgeführt).

<sup>2</sup> Hüttenberger, 1973, S. 119.

<sup>3</sup> ders., S. 120; Hein, 1985, S. 141f.

<sup>4</sup> Hüttenberger, 1973, S. 120; Hein, 1985, S. 142.

<sup>5</sup> Hüttenberger, 1973, S. 120; Hein, 1985, S. 143f.

In Westfalen entstand im Mai 1945 im Raum Hagen eine liberal orientierte Gruppe um den Fabrikanten und ehemaligen DPD-Politiker Gustav Altenhain, dem Industriellen Oskar Funke und Wilhelm Weyer.

Diese Gruppe schloss sich im Oktober des gleichen Jahres mit der „Demokratischen Partei Dortmunds“ und der in Münster gegründeten „Liberal-Demokratischen Partei (Berufsständische Union)“ zur „Liberal-Demokratischen Partei“ zusammen. Zum Präsidenten des so gegründeten westfälischen Landesverbandes wurde Gustav Altenhain gewählt.<sup>6</sup>

Gleichzeitig erfolgten die ersten Kontaktaufnahmen mit den rheinischen Liberalen, die sich Anfang November 1945 zu einem liberal-demokratischen Landesverband zusammengeschlossen hatten.<sup>7</sup>

Unmittelbar nachdem die britische Militärregierung am 10. Dezember 1945 die Erlaubnis erteilt hatte, Parteien auf Landesebene zu gründen, strebten die liberalen Gruppen nach einem zonalen Zusammenschluss.

Die Initiative zur Gründung eines liberalen Verbandes der britischen Zone ging von der „Deutschen Aufbaupartei“ in Opladen und der im Raum Hannover arbeitenden „Demokratischen Union Deutschlands“ aus.<sup>8</sup>

Nach intensiven Vorgesprächen der Vertreter der einzelnen Landesverbände der britischen Zone, die sich bis Ende Dezember 1945 hinzogen, fand Anfang 1946 in Opladen die Gründungsversammlung des Gesamtverbandes der liberalen Parteien in der britischen Besatzungszone statt.<sup>9</sup>

Auf der Vorbesprechung hatte man sich neben Fragen einer einheitlichen Namensgebung und der programmatischen Konzeption auch mit personellen und organisatorischen Fragen beschäftigt. Man beabsichtigte einen Zonenzentralvorstand, bestehend aus 20 Personen, und ein Generalsekretariat einzurichten, für dessen Besetzung man sich schon auf den Vorsitzenden der „Sozialliberalen Partei“, Wilhelm Hermes, geeinigt hatte.<sup>10</sup>

Erklärtes Ziel der Tagungsteilnehmer war es, gleichberechtigt neben der christlich-demokratischen Partei als bürgerliche Kraft auftreten zu können.

---

<sup>6</sup> Hüttenberger, 1973, S. 122f.; Hein, 1985, S. 139f.

<sup>7</sup> Erst am 4. Dezember 1945 erfolgte in Düsseldorf die endgültige Namensgebung. Der Verband erhielt den Namen „Landesverband Nordrhein-Westfalen der Demokratischen Partei Deutschlands“. Hüttenberger, 1973, S. 123; Hein, 1985, S. 147.

<sup>8</sup> Nach Karsten Schröder setzte sich in erster Linie Friedrich Middelhaue für eine zonale Gründung ein. Er befürchtete einerseits Konkurrenz von einer im Entstehen begriffenen bürgerlich-konservativen Partei im Raume Wuppertal, andererseits wollte er den Bestrebungen der „Demokratischen Union Deutschlands“, einen liberalen Zonenverband ins Leben zu rufen, zuvorkommen. Siehe dazu: Karsten Schröder, Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946 – 1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985, S. 18ff. (Im Folgenden unter „Schröder, 1985“ aufgeführt).

<sup>9</sup> Hein, 1985, S. 148f.

<sup>10</sup> Schröder, 1985, S. 20ff.

Die Gründung einer liberalen Zonenpartei erschien um so dringender, als Friedrich Middelhauve auf der konstituierenden Versammlung ein Schreiben verlas, in dem der Oberpräsident der Provinz Nordrhein mitteilte, der alliierte Kontrollrat betrachte die Parteien CDU, SPD und KPD „als Träger des politischen Lebens“, die anderen Parteien jedoch lediglich „als Absplitterung“.<sup>11</sup>

Die gleichberechtigte Stellung der Liberalen im Parteienspektrum sollte durch eine einheitliche Namensgebung und Organisationsstruktur auf zentraler Ebene dokumentiert werden.

Der erste Sitzungstag der Gründungsversammlung machte schnell deutlich, dass über die Namensgebung keine kurzfristige Einigung erzielt werden konnte. Nach längerer Diskussion einigte sich der vorbereitende Ausschuss darauf, am Haupttag der konstituierenden Versammlung die zwei Namen „Demokratische Partei“ und „Freie Demokratische Partei“ zur Abstimmung vorzulegen.

Der erste Tag der Zonenverbandstagung endete schließlich mit der Wahl Wilhelm Heiles zum 1. Vorsitzenden des Zonenverbandes.

Am 8. Januar fand die Hauptversammlung der konstituierenden Sitzung des Zonenverbandes statt. In seinem Grundsatzreferat versuchte Wilhelm Heile eine Zusammenfassung der historischen Entwicklung Deutschlands, bevor er auf die in der Gegenwart anstehenden Aufgaben einging.<sup>12</sup> Das neue Staatsleben müsse auf dem Grundsatz der Freiheit des Andersdenkenden aufbauen. „Wenn man nur das tut, was einem allein passt, gehört man nicht in einen demokratischen Staat.“ Auf „Gewalt, Druck und Macht“ solle verzichtet werden, religiöse Bekenntnisse müssten geachtet werden. „Wir wünschen, dass ein religiöses starkes Dröhnen (sic!) durch unser Volk geht.“ Um den Staatsaufbau vollziehen zu können, sei die Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien unabdingbar: „Wir müssen uns bemühen, die anderen zu gewinnen. Wir dürfen nicht auf sie schlagen, sondern wir müssen hineingehen in die anderen Reihen und ihnen sagen: ‘Ihr seid genau wie wir, lasst uns zusammenarbeiten’.“<sup>13</sup> Nach Heiles weitausholender Rede begann die Diskussion um die eingebrachten Anträge.

Für die am Vortag noch problematische Namensgebung wurde mit der mehrheitlichen Entscheidung für den Namensvorschlag „Freie Demokratische Partei“ eine Lösung gefunden.

Die programmatischen Richtlinien, die notwendigerweise der britischen Militärregierung zur Zulassung als Zonenverband vorgelegt werden mussten, konnten auf der Gründungsversammlung wegen fehlender Zeit nicht vorgelegt werden. Wilhelm Heile bat

---

<sup>11</sup> Schröder, 1985, S. 25.

<sup>12</sup> ders., S. 30f.

<sup>13</sup> ders., S. 31.

daraufhin die programmatischen Richtlinien selbst zu entwerfen, und sie mit Vertretern der Landesverbände vor der Übergabe an die britische Militärregierung zu diskutieren.<sup>14</sup>

Am 14. Februar 1946 erhielt die FDP die Erlaubnis der britischen Militärregierung, einen zonalen Parteiverband zu unterhalten.

Nach der konstituierenden Sitzung des Zonenverbandes in Opladen fand am 16. Januar 1946 eine Sitzung der rheinischen Liberalen in Düsseldorf statt, auf der neben der Beratung von programmatischen und finanziellen Fragen ein Landesvorstand gewählt wurde. Zum Vorsitzenden wurde Friedrich Middelhauve, zu seinen Stellvertretern Alfred Fratzscher und Fritz Beutler gewählt. Zum Landesgeschäftsführer wurde der Generalsekretär der Zonenpartei Wilhelm Hermes gewählt. Mit dem am 29. Juni 1946 in Düsseldorf stattfindenden ersten Parteitag der rheinischen FDP war der Konstituierungsprozess der Liberalen in den Provinzen Nordrhein und Westfalen endgültig abgeschlossen.<sup>15</sup>

Nach dem Zusammenschluss der beiden Provinzen zum Land Nordrhein-Westfalen am 23. August 1946 erfolgte am 27. Mai 1947 die Fusion des rheinischen und des westfälischen Landesverband zum Landesverband Nordrhein-Westfalen unter dem Vorsitz von Gustav Altenhain.<sup>16</sup>

### **1.3.2. Die Organisation der Presse**

Schon auf dem Zonen-Delegiertentreffen in Opladen im Januar 1946 war über die dringende Notwendigkeit FDP-naher Zeitungen beraten worden. Trotz umfangreicher Bemühungen gelang es dem Landesverband erst im Mai 1946, knapp zwei Monate nach SPD, CDU und KPD eine Lizenz zu erhalten.

Dr. Friedrich Middelhauve, Carl Wirths, Eugen Richter und Dr. Christian Gehring erhielten am 1. Mai 1946 mit der britischen Lizenz Nr. 46 die Genehmigung, die „Westdeutsche Rundschau“ herauszugeben. Am 8. Mai 1946 erschien die „Westdeutsche Rundschau“ in Wuppertal zum ersten Mal mit einer Auflage von 90.500 Exemplaren. Die insgesamt 8 Teilausgaben waren zwei Mal wöchentlich mittwochs und samstags erhältlich.<sup>17</sup>

Der Landesverband Westfalen erhielt am 24. August 1946 die Lizenz für das „Westdeutsche Tageblatt“, dessen Lizenzträger Herbert Kaufmann war. Das „Westdeutsche

---

<sup>14</sup> ders., S. 32ff.

<sup>15</sup> Hein, 1985, S. 149.

<sup>16</sup> ders., S.151.

<sup>17</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage, 1947, S. 23; Schröder nennt die Auflagenzahl mit 60.000 Exemplaren, Koszyk dagegen analog zum Handbuch mit 90.500 Exemplaren.

Tageblatt“ erschien mit einer Auflage von 70.000 Exemplaren.<sup>18</sup> Die Auflagenhöhe der beiden FDP-nahen Zeitungen verschob sich aufgrund der Wahlergebnisse der Landtagswahlen von 1947.

Die Auflage der „Westdeutschen Rundschau“, die von den britischen Militärbehörden zu Beginn ihres Erscheinens mit 90.500 Exemplaren<sup>19</sup> festgelegt wurde, erfuhr eine Kürzung um 19,8% auf 77.000 Exemplare. Das „Westdeutsche Tageblatt“, erhielt dagegen eine um 42,5% höhere Papierzuteilung, so dass sich die Auflage dieser Zeitung von 54.000 auf 77.000 Exemplare steigerte.<sup>20</sup>

Da die Resonanz in der Presse der britischen Besatzungszone auf die politischen Äußerungen der FDP geradezu katastrophal schlecht war, drängte der FDP-Vorstand auf die Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich speziell mit Pressefragen im weitesten Sinne beschäftigen sollte. Allerdings dauerte es ein Jahr, bis zum Mai 1947, bis der Presseausschuss der Zonen-FDP seine Arbeit aufnehmen konnte.

Ausschlaggebend für die Errichtung des Presseausschusses waren schwerwiegende Differenzen zwischen dem Parteivorstand und dem in Dortmund erscheinenden „Westdeutschen Tageblatt“ unter der Chefredaktion von H. Kauffmann.

Kauffmann wurde vorgeworfen, die politischen Konzeptionen der FDP in der von ihm geleiteten Zeitung nicht deutlich genug, wenn überhaupt, zum Ausdruck zu bringen. Er gäbe den kulturellen Berichten zu viel Raum, statt über die aktuellen Probleme wie schlechte Versorgungslage der Bevölkerung, Wohnungsnot und Unterernährung zu berichten. Dem hielt der Lizenzträger des „Westdeutschen Tageblattes“ entgegen, dass die Bevölkerung der parteinahen Presse im Großen und Ganzen ablehnend gegenüberstehen würde, da sie die Berichterstattung als Propaganda auffasste. Eine verstärkte Darstellung der FDP in der Zeitung trüge zur Festigung des in der Bevölkerung vorhandenen Eindrucks bei. Die Leserschaft interessiere sich vielmehr für lokale Nachrichten als für zonale Politik.

Um die divergierenden Auffassungen über die Verbindung von Partei und parteinaher Presse einander anzunähern, war eine Schlichtungsstelle erforderlich, deren Funktion der Presse-Ausschuss übernehmen sollte.<sup>21</sup>

Im Falle des „Westdeutschen Tageblatt“ gingen die Auseinandersetzungen zwischen der Partei und dem von der FDP vorgeschlagenen Lizenzträger Herbert Kauffmann so weit, dass dieser aus der Partei ausgeschlossen wurde. Er behielt auf Veranlassung der britischen

---

<sup>18</sup> Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage, 1947, S. 6; vgl. auch Koszyk, 1986, S. 186f. sowie Heinz-Dietrich Fischer, The Publications of the „Freie Demokratische Partei“ (Free Democratic Party) in the Federal Republic of Germany, in: Gazette (Leiden), Vol. VI, No. 4, 1960, p. 349 – 356, der allerdings eine für Nordrhein-Westfalen im Zeitraum von 1946 – 1949 nur kurze Darstellung der FDP-Presse bringt.

<sup>19</sup> Heinz-Dietrich Fischer beziffert die ursprüngliche Auflage mit 96.000 Exemplaren. In: Fischer, 1971, S. 56.

<sup>20</sup> ebenda; hier macht Koszyk ebenfalls andere Angaben zur ursprünglichen Auflagenhöhe.

<sup>21</sup> Schröder, 1985, S. 210.

Militärbehörden weiterhin die Lizenz und seine Stellung als verantwortlicher Redakteur des Tageblattes.<sup>22</sup>

Der im Mai 1947 ins Leben gerufene Presse-Ausschuss stellte auf der ersten Sitzung am 28. Juli 1947 fest, dass er in allen Presseangelegenheiten das alleinige beratende Organ des Zonenvorstandes sei. Seine zweite Aufgabe sah der Ausschuss darin, als Schlichtungsstelle zu agieren. Der neugebildete Ausschuss, mit Krekeler als Vorsitzendem, sollte sich laut Satzung aus 10 Mitgliedern zusammensetzen; neben dem Vorsitzenden waren dies 5 Delegierte der Landesverbände sowie je ein Vertreter der Lizenzträger der vier FDP-nahen Zeitungen.<sup>23</sup>

Zusätzlich erhielt je ein Mitglied der Redaktionen der liberalen Presse das Recht, mit beratender Stimme an den Ausschusssitzungen teilzunehmen. Beim Presse-Ausschuss sollte zudem ein Referent beschäftigt werden, der den Zeitungen, die der FDP nahestanden und den Agenturen rechtzeitig die verabschiedeten Beschlüsse und Verlautbarungen zukommen lassen sollte.

Die Reaktionen der Landesverbände auf die Errichtung des Presseausschusses waren unterschiedlich. So begrüßte der Hamburger Landesverband die Konstituierung des Ausschusses, der Niedersächsische Landesverband jedoch bemängelte, dass der Presseausschuss sich mehr Kompetenzen angeeignet habe, als ihm zuständen.

Die ursprünglich konzipierten Pläne des Presse-Ausschusses wurden jedoch aufgrund der desolaten Finanzlage der Partei nicht durchgeführt. Schon bald nach seiner Konstituierung stellte er die Arbeit wohl mangels Interesse wieder ein.<sup>24</sup>

### **1.3.3. Die Programmatik der FDP**

Die parteipolitischen Konzeptionen, die schon vor der konstituierenden Zonentagung in Opladen existierten, beschäftigten sich meist mit den akuten Problemen und Bedürfnissen dieser Zeit. Vor allem wurden Maßnahmen zur Behebung der materiellen Not und zum Wiederaufbau gefordert. Eine allen Programmentwürfen gemeinsame Forderung war die nach Aufhebung der wirtschaftlichen Trennung Deutschlands durch die Besatzungszonen.<sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> ders., S. 211.

<sup>23</sup> Ein Mitglied des Presseausschusses war der Lizenzträger der „Hannoverschen Abendpost“, Henri Nannen.

<sup>24</sup> Schröder, 1985, S. 212ff.

<sup>25</sup> Schröder, 1985, S. 156; vgl. dazu Hein, 1985, S. 184ff.

Schröder bezeichnet als programmatisch bedeutsam die Programme des Hamburger Landesverbandes, des Essener Gründerkreises, des Opladener Gründerkreises um Middelhaue und das der Oldenburger Liberalen um Theodor Tantzen.<sup>26</sup>

Das Essener Programm vereinte sowohl gemeinwirtschaftliche als auch wirtschaftlich-liberale Forderungen, indem es von der Leitlinie ‚Die Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht der Mensch für die Wirtschaft‘<sup>27</sup> ausgehend sowohl das Privateigentum bejahte, als auch für einige Wirtschaftszweige die Überführung in Gemeineigentum befürwortete.

Das Recht auf Privateigentum müsse jedoch mit der sozialen Verpflichtung, die Eigentum mit sich bringt, gesehen werden. Neben der Sozialisierung der Grundindustrien wurde auch zentrale Planung und Lenkung der Wirtschaft gefordert, um Produktion und Warenbedarf aufeinander abzustimmen. Eine selbstverwaltete Körperschaft sollte diese Aufgabe übernehmen. Grundsätzlich jedoch wurde der freie Wettbewerb uneingeschränkt befürwortet, ebenso wie festgestellt wurde, dass nur private Eigeninitiative für eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistung garantiere.<sup>28</sup>

Die Essener Konzeption weist viele Gemeinsamkeiten mit dem Oldenburger Programm und den übrigen Überlegungen der Norddeutschen Liberalen auf. Damit konnte das Oldenburger Programm zur Grundlage für die weitere programmatische Arbeit dienen.

### **1.3.3.1. Das Syker Programm**

Auf der Konstituierungsversammlung in Opladen hatten die Delegierten Wilhelm Heile die Vollmacht erteilt, auf der Basis der vorliegenden Programme, unter besonderer Berücksichtigung des Oldenburger Programms einen für alle Landesverbände maßgebenden Programmentwurf auszuarbeiten.

Dieser Entwurf, später als die „Syker Programmatischen Richtlinien der Freien Demokratischen Partei“ bezeichnet, wurde auf der ersten Zonenverbandstagung in Syke von den versammelten Landesverbandsvertretern gebilligt. In den Richtlinien wird als menschliches Grundrecht u.a. das Recht auf Arbeit sowie das Recht auf soziale Versorgung genannt. Als eine wesentliche Grundlage der Wirtschaft bezeichnet der Programmentwurf die Garantie des privaten Eigentums, die persönliche Initiative in der Wirtschaft und den freien Wettbewerb. Planwirtschaft wurde nicht abgelehnt, doch dürfe sie nicht die freie Initiative durch staatliche Kontrolle ersticken. In Bezug auf die von den übrigen Parteien geforderte Sozialisierung stellte das Programm fest, dass ‚der marxistische Sozialismus (...)

---

<sup>26</sup> Wegen fehlender Quellen kann hier lediglich eine knappe Zusammenfassung des Programmentwurfs des Essener Kreises um Franz Blücher gegeben werden.

<sup>27</sup> zit. n. Schröder, 1985, S. 157.

<sup>28</sup> ebenda.

wie der nationalistische Sozialismus gleichermaßen zu einem totalitären Staat<sup>29</sup>, führen. Die Ablehnung der Vergesellschaftung wurde in die griffige Formel ‚Statt Verstaatlichung des Menschen erstrebt die freie Demokratie die Vermenschlichung des Staates‘<sup>30</sup> gefasst.

Der Syker Programmentwurf stellte die Basis für die weitere wirtschaftsprogrammatische Arbeit der Liberalen dar. Bei der weiteren Wirtschaftsdiskussion kam es in dem im Mai begründeten wirtschaftspolitischen Zonenausschuss der FDP zu einer Kontroverse über die Notwendigkeit von Wirtschaftsplanung und –lenkung, bzw. Sozialisierung der Grundindustrien. Die Vorstellungen des Essener Liberalen Beutler, der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Ziehereien und Kaltwalzwerke war, sahen eine Sozialisierung der eisenschaffenden Industrie und des Bergbaus als unumgänglich an, wenn die FDP mit den anderen Parteien auf einer realistischen Ebene konkurrieren wollte. Eine freie Marktwirtschaft sei unter den gegebenen Umständen nicht mehr realisierbar. Zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sei eine Mischform zwischen privatwirtschaftlicher und planwirtschaftlicher Verfassung nötig.

Das von Beutler skizzierte Wirtschaftsmodell stieß auf heftigen Widerspruch von Seiten des Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses, dem Hamburger Eduard Wilkening. Er bescheinigte Beutler, in der SPD besser aufgehoben zu sein, ja dort sogar Karriere machen zu können. Mit liberalem Gedankengut hätten Beutlers Vorstellungen nichts gemein. Wilkenings wirtschaftsprogrammatische Vorstellungen, die einem ausgeprägten Wirtschaftsliberalismus entsprachen, fanden allerdings in seiner eigenen Partei, der Hamburger FDP, keine Zustimmung.

### **1.3.3.2. Die „Wirtschaftspolitischen Grundsätze der FDP“**

Die auf seinen Einwand einsetzende wirtschaftspolitische Auseinandersetzung lähmte die Arbeit des wirtschaftspolitischen Ausschusses so sehr, dass die programmatische Diskussion völlig zum Erliegen kam.<sup>31</sup>

Um von einem Konzept für die bevorstehende Diskussion um die Sozialisierung der Grundindustrien ausgehen zu können, initiierte Franz Blücher im Winter 1946 einen privaten Gesprächskreis, zu dem er liberale Politiker aus Nordrhein und Westfalen einlud.

---

<sup>29</sup> zit. n. Schröder, 1985, S. 160.

<sup>30</sup> ebenda.

<sup>31</sup> Schröder, 1985, S. 163ff.



In Zusammenarbeit mit Dr. Beutler, Heinrich Krekeler<sup>32</sup>, dem Bergwerksdirektor Albrecht Pickert, dem Industriellen Freiherrn Rechenberg<sup>33</sup>, Hans W. Rubin und Karl Zell wurden die „Wirtschaftspolitischen Richtlinien der FDP“ entworfen.<sup>34</sup>

In den „Wirtschaftspolitischen Grundsätzen“ werden sowohl Monopolbildung als auch Sozialisierung abgelehnt, da beides nach Auffassung des Wirtschaftsliberalismus die freie Entfaltung der marktwirtschaftlichen Kräfte behindere. Die wirtschaftspolitischen Grundsätze treffen aber daneben auch die Feststellung, dass die Bildung von Monopolen und die damit verbundene Machtstellung zum Entstehen des Nationalsozialismus beigetragen haben. Um eine Wiederholung dieser Entwicklung zu verhindern, wurde in den Grundsätzen ‚die Auflösung der Konzerne und der wirtschaftstechnisch nicht unbedingt notwendigen Kartelle‘<sup>35</sup> sowie die Einrichtung eines obersten Wirtschaftsrates zur Verhinderung von Machtkonzentrationen gefordert.

Neben der Beibehaltung der privaten Wirtschaftsverfassung sahen die Grundsätze einen Ausbau der Rechte der Arbeitnehmer durch die Schaffung von paritätisch besetzten Selbstverwaltungsorganen für die Wirtschaft und die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Betriebsführung vor. Die Neuordnung der Besitzverhältnisse innerhalb der Wirtschaft sollte durch die Errichtung der oben erwähnten Selbstverwaltungskörperschaften im Bergbau und die Auflösung der Konzerne, bzw. ihre Überführung in Stiftungen bürgerlichen Rechts, erreicht werden.

Der Staat erhielt die Aufgabe, lediglich die wirtschaftliche Rahmenplanung durchzuführen. Bis zum Frühjahr 1947 stellten die „Wirtschaftspolitischen Grundsätze der FDP“, die Parallelen zum christlich-demokratischen Ahlener Programm aufweisen, die Basis der liberalen wirtschaftspolitischen Forderungen dar.<sup>36</sup>

Franz Blücher skizzierte in vielen Reden die liberalen wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Unter der Überschrift ‚Sozial – aber nicht sozialistisch‘ lehnte er die Sozialisierung der deutschen Industrie ab, gleichzeitig appellierte er an die Unternehmer, sich den notwendigen sozialen Verbesserungen der Lage der Arbeitnehmer nicht zu verschließen. Das freie Unternehmertum ‚in der individualistisch geprägten Tradition eines Krupp, Abbe und Bosch, - die sich durch ihr paternalistisch geprägtes Verhältnis zur Arbeitnehmerschaft auszeichneten – müssen erhalten bleiben. Es sei nicht im Sinne verantwortungsbewusster Wirtschaftspolitik, freie Unternehmen insgesamt ihrer

---

<sup>32</sup> Heinz Krekeler wurde am 20. Juli 1906 in Bottrop geboren, war von 1947 bis 1950 MdL in Nordrhein-Westfalen sowie stellvertretender Vorsitzender des FDP Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

<sup>33</sup> Hans Albrecht Freiherr von Rechenberg, geboren am 22. Oktober 1882 in Neurode / Schlesien war seit 1945 Mitglied der IHK Köln und Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Köln. Seit 1947 hatte er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen inne.

<sup>34</sup> Aufgrund der schlecht erschlossenen Quellenlage kann auch hier lediglich eine Zusammenfassung der programmatischen Richtlinien der FDP gegeben werden.

<sup>35</sup> zit. n. Schröder, 1985, S. 169.

<sup>36</sup> Schröder, 1985, S. 169f.

Machtposition zu entheben, sondern es sei notwendig, die anonymen Wirtschaftsverhältnisse in den Großkonzernen zu verändern.

Dazu war vorgesehen, die Großkonzerne aufzulösen, um sie in Betriebe mittlerer, überschaubarer Größe umzuformen. Die Eigentumsverhältnisse sollten, Blüchers Auffassung nach, nicht verschoben, sondern durch ‚Sicherung der sozialen Handhabung des Eigentums‘ neugeordnet werden.<sup>37</sup>

Auf einer Sitzung des liberalen Zonenvorstandes am 15./16. Februar 1947 in Bremen wurden die wirtschaftspolitischen Grundsätze noch einmal eingehend beraten, und von den Vorstandsmitgliedern bestätigt.

### **1.3.3.3 Die „Wirtschaftspolitischen Richtlinien der FDP“**

Auf Schwierigkeiten stießen die wirtschaftspolitischen Grundsätze indes bei den Mitgliedern des Landesverbandes Nordrhein, der einen ausgesprochenen konservativen, wirtschaftsliberalistischen Kurs verfocht. Wortführer waren hier die Fabrikanten von Reckenberg und Max Dominicus.<sup>38</sup>

Unterstützung erhielt der Landesverband Nordrhein vom Landesverband Westfalen, in dem der fast durchweg aus dem Mittelstand stammende Vorstand sich für eine freie Wirtschaftsordnung und gegen jede Form der Sozialisierung aussprach. Anfang April 1947 verabschiedeten beide Landesverbände die „Wirtschaftspolitischen Richtlinien der F.D.P.“, an deren Zustandekommen der Vorsitzende der Zonenpartei, Franz Blücher, nicht beteiligt war.

In 11 Punkten sind die Forderungen zur Schaffung einer freien und sozialen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dargestellt. Als das oberste Organ der Wirtschaft war ein aus Arbeitnehmern und Unternehmern bestehender Wirtschaftsrat vorgesehen, der die ‚Schaffung einheitlicher Richtlinien für alle Ordnungsmaßnahmen‘<sup>39</sup> zur Aufgabe hatte. Daneben oblag ihm die ‚Sicherung und Förderung der sozial- und arbeitsrechtlichen Grundlagen‘ sowie die ‚Verhinderung von Missbrauch wirtschaftlicher Macht‘.<sup>40</sup>

Jede Form von Planung und Sozialisierung wurde in diesem Programm abgelehnt. Monopole, Kartelle und Konzerne sollten, soweit es aus volkswirtschaftlichen Gründen möglich war, entflochten, der Mittelstand gefördert werden; Gleiches galt für das Genossenschaftswesen. Zur Herstellung einer deutschen Wirtschaftseinheit stellten die wirtschaftspolitischen Richtlinien die Forderung nach einer umfassenden Geld- und

---

<sup>37</sup> ders., S. 169.

<sup>38</sup> ders., S. 170f.

<sup>39</sup> zit. n. Schröder, 1985, S. 175.

<sup>40</sup> ebenda.

Währungsreform. Arbeits- und investitionshemmende Steuern sollten abgebaut, die Einkommensteuer nach sozial gestaffelten Richtlinien erhoben werden. Das Programm der Landesverbände Nordrhein und Westfalen ersetzte das von Franz Blücher und Wilhelm Beutler aufgestellte Wirtschaftsprogramm. Damit hatte sich die FDP im Frühjahr 1947 zu einem antisozialistischen, unternehmerfreundlichen Wirtschaftskurs bekannt, mit dem sie sich als bürgerliche Partei von den zu diesem Zeitpunkt durch das Ahlener Programm bestimmten wirtschaftspolitischen Grundsätzen der CDU abgrenzte.<sup>41</sup>

Im Frühjahr 1947 rief Franz Blücher einen zweiten wirtschaftspolitischen Ausschuss ins Leben, der sich mit der Ausarbeitung eines wirtschaftspolitischen Programms für die gesamte britische Zone befassen sollte.<sup>42</sup> Im Umfeld der Diskussionen in dem zweiten wirtschaftspolitischen Ausschuss wurde die Unvereinbarkeit der miteinander konkurrierenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen des sozialliberalen und des neoliberalen Flügels der FDP immer deutlicher. Sozialisierungsfrage und Planwirtschaft waren innerhalb der wirtschaftspolitischen Diskussionen seit 1946 zu ‚im tiefsten Sinne mit der Demokratie und dem sozialen Handeln unvereinbar‘<sup>43</sup> erklärt worden. Das in den „Wirtschaftspolitischen Grundsätzen der FDP“ noch aufgeführte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an der Betriebsführung wurde auf die Möglichkeit einer Mitbestimmung der Arbeitnehmer eingeschränkt. Da es auch dem zweiten wirtschaftspolitischen Ausschuss nicht gelungen war, wirtschaftspolitische Grundsätze für die gesamte Zone zu entwickeln, fand wiederum auf Initiative von Franz Blücher hin, Anfang Januar 1948, eine einwöchige Klausurtagung auf der Insel Wangerooe statt.

An dieser Tagung nahmen neben den Vorstandsmitgliedern der FDP der britischen Zone u.a. auch Oskar Funcke, Max Dominicus und der Direktor der Gutehoffnungshütte Martin Blank teil.

#### **1.3.3.4. Das „Wirtschaftspolitische Zonenprogramm der FDP“**

Das „Wirtschaftspolitische Zonenprogramm der FDP“ trägt eindeutig marktwirtschaftliche neo-liberale Züge. Der staatliche Einfluss auf die Wirtschaft soll auf das Notwendigste begrenzt werden. Die Sozialisierung – ebenso die Überführung der Grundindustrien in Gemeineigentum – wird als Hemmnis für die freie Entfaltung der unternehmerischen Kräfte angesehen und somit kompromisslos abgelehnt. Das gesamte wirtschaftspolitische Geschehen – Lohn- und Preisbildung – sollte den Marktmechanismen überlassen bleiben. Wirtschaftliche Einschränkungen, denen die deutsche Industrie 1948 noch unterworfen war –

---

<sup>41</sup> Schröder, 1985, S. 175f.

<sup>42</sup> Zur genauen Darstellung der Diskussion in diesem Ausschuss siehe Schröder, 1985, S. 176ff.

<sup>43</sup> zit. n. Schröder, 1985, S. 182.

Bewirtschaftung, Beschränkungen der industriellen Produktion sowie im Außenhandel – sollten abgebaut werden. Zusammen mit der Sicherung der Unantastbarkeit des privaten Eigentums und der Bejahung des freien Unternehmereigentums hatte sich die FDP von einer 1945 zumindest regional sozialliberalen zu einer antisozialistischen Partei entwickelt.<sup>44</sup>

#### **1.3.4. Zusammenfassung**

Nachdem die FDP zu Anfang ihrer Entstehung in ihrer Programmatik mehr an sozialliberalem Gedankengut orientiert war, setzte sich seit 1947 mit den „Politischen Richtlinien der FDP“ der neoliberale Flügel innerhalb der Partei durch. Dadurch wurde die Sozialisierung, die anfangs noch, wenn auch eingeschränkt, befürwortet worden war, schließlich als wirtschaftsfeindliche totalitäre Planungs- und Lenkungswirtschaft abgelehnt, was sich auch in der Berichterstattung der FDP-nahen Presse niederschlug.

---

<sup>44</sup> ders., S. 182ff.